

IMPRESSUM

Volksstimme
VOLKSTIMME – DIE ZEITUNG FÜR DAS BASELSTADT

Hauptstrasse 31–33, Postfach, 4050 Sissach
Tel. 061 976 10 30, www.volksstimme.ch

Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Freitag

Normalauflage: 7500 Exemplare
(7790 Wenn verbreitete Auflage 2013/18)

Nächste Grossauflage: 21. Februar 2019
(31 254 Wenn 2013/18)

Redaktion: redaktion@volksstimme.ch
Chefredaktor: David Thommen
Stv. Chefredaktor: Christian Horisberger
Redaktion: Michèle Degen, Sebastian Schanz,
Sebastian Wirt, Yvonne Zollinger,
Jörg Gohl (Autor)

Herausgeberin/Verlag:
Schaub Medien AG, Tel. 061 976 10 10,
verlag@schaubmedien.ch, www.schaubmedien.ch

Aboservice:
Tel. 061 976 10 70, abo@volksstimme.ch

Anzeigen-Service: Im Haus der «Volksstimme»
Tel. 061 976 10 77, ins@volksstimme.ch

Inserate non-Preis:
Normalauflage 75 Rp./Spalte, schwarz-weiß
Grossauflage 120 Rp./Spalte, schwarz-weiß
plus Almedia, plus MwSt.

Inserateschluss: Zwei Tage vor Erscheinen
um 15 Uhr (spätere Termine auf Anfrage).

Todesanzeigen: Vorsatz 15 Uhr
(bitte reservieren), Tel. 061 976 10 10

Jedige Verwertung von in diesem Zeitungstitel veröffentlichten Texten, Bildern, Inseraten oder Teilen davon durch nicht autorisierte Dritte ist untersagt.

CARTE BLANCHE

Staatsnahe Betriebe in der Krise

Sandra Sollberger, Nationalrätin SVP, Bubendorf

Mit Verlängerung habe ich zur Kenntnis genommen, dass in letzter Zeit viele staatsnahe Betriebe in Skandale verwickelt sind, mit Bilanzen gefuscht wurde und die oberste Führung nicht ihren Pflichten nachkam. In der Presse war von der Postauto-Affäre, von Aufsichtspflichtverletzungen bei den SBB, Pensionskassenskandalen, massiven Fehlern bei der Billag-Nachfolge, überhöhten Preisen bei der Ruag oder vom Skandal um die Schweizer Hochseeflotte zu lesen. Besonders bedenklich für unsere Region ist das Grossprojekt Gateway Basel Nord, wo SBB Cargo mit massiven Subventionen private Unternehmen vom Markt verdrängen wird. Ein Skandal nach dem anderen.

Mir kommt es vor, als ob diese Unternehmen fern von jeder Realität arbeiten und juristisch oft in Graubereichen geschäfteln. Der einfache Unternehmer und «Büroer» hätte sich bei solchen Vorfällen schon längst vor Gericht verantworten müssen. Der Arbeiter wäre gefeuert worden. Den Gewerblern hätte man Bewilligungen entzogen. In den Chefetagen der staatsnahen Unternehmen geht anschei-



«Der Arbeiter wäre gefeuert worden.»

nend oft das Bewusstsein verloren, was ihre Betriebe für eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen. Diese Betriebe sind eben nicht mit privaten, börsennotierten Unternehmen zu vergleichen. Zu diesen Skandalen kam es auch, weil die Rolle von staatsnahen Betrieben nie richtig abge-

steckt wurde. So sollte eigentlich klar sein, dass ein subventionierter Betrieb sich nicht in die Privatwirtschaft ausbreiten und private Unternehmen konkurrenzieren darf. Wir brauchen hier klare Zeichen aus der Politik.

Die strukturellen Zusammenhänge der gehäuften Skandale und die grundlegenden Probleme bei staatsnahen Betrieben müssen aus meiner Sicht gründlich aufgearbeitet werden. Dabei müssen alle persönlichen und politischen Verflechtungen transparent gemacht werden. Es bräuhete endlich eine fundierte Abklärung, ob es nicht auch Strukturprobleme bei staatsnahen Betrieben gibt, die solche Probleme überhaupt erst begünstigen. Führt beispielsweise die Imitation von betriebswirtschaftlicher Logik bis zu einem gewissen Grad zu Fehlentscheidungen, weil die staatsnahen Unternehmen nie dasselbe unternehmerische Risiko tragen wie privatwirtschaftliche Unternehmen? Wird so verantwortungsloses und leichtsinniges Verhalten sogar gefördert? Ich befürchte zudem, dass die Staats- und Politiknähe dieser Unternehmen mit möglichen Privilegien, Ausnahmerege-

lungen, Informationsvorteilen und Quersubventionierungen diese Skandale erst ermöglicht oder zumindest begünstigt haben. Letztlich sollen die Mehrkosten dieser Misswirtschaft restlos aufgekärnt und offengelegt werden. Verantwortlichkeiten sind definitiv zu klären.

Es hat fünf vor zwölf geschlagen. Wir brauchen eine seriöse Untersuchung, die Licht ins Dunkel bringt. Die interne Kontrolle bei staatsnahen Betrieben hat offensichtlich versagt und es braucht eine konsequente Aufarbeitung dieser Skandale. Es kann nicht sein, dass persönliche Verfehlungen, aber auch strukturelle Probleme den Steuerzahler Hunderte von Millionen Franken kosten. Ich hoffe schwer, dass wir bald wieder stolz auf den Gelben Riesen, die Swisscom, die SBB und die vielen anderen sein können.

In der «Carte blanche» äussern sich Oberbaselbieter National- und Landratsmitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindebehörden zu einem selbst gewählten Thema.